

Luxemburger Wort

Freitag, den 10. Oktober 2025

Für Wahrheit und Recht

Nummer 235 / Jahrgang 177

Warum nur 33 Prozent der Asylberechtigten arbeiten

Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist für viele Geflüchtete ein regelrechter Kampf mit der Bürokratie. Hilfe bekommen sie dabei kaum



Wenn die Jobsuche zum Labyrinth wird.

Illustration: Mara Mohnen

Luxemburg. Die Strukturen für Geflüchtete vom Nationalen Aufnahmeamt sind zum Bersten voll. Menschen, die einen positiven Asylbescheid erhalten haben, finden keine Wohnung. Das wiederum hängt damit zusammen, dass nicht einmal die Hälfte aller Asylberechtigten

einer geregelten Arbeit nachgehen. Kein Wunder: Der Weg zum Job gestaltet sich für Geflüchtete schwierig in Luxemburg. Die überbordende Bürokratie macht ihnen zu schaffen.

Die Coopération Nord-Sud unterstützt Asylbewerber und Asylberech-

tigte dabei, eine Arbeit zu finden. Auch sie müssen immer wieder feststellen, wie Geflüchtete hierbei an Wartezeiten, Fristen und Auflagen scheitern. Dabei würde die hiesige Wirtschaft von mehr Fachkräften profitieren.

[Politik, Seite 2-3](#)

Beeindruckende Funde in Bürmeringen

Im Ortskern wurden Gebäudeteile einer römischen Villa gefunden. Auf dem Areal entstehen 13 Wohnungen

Bürmeringen. Im Ortskern von Bürmeringen wird seit Herbst 2023 gegraben – und zwar nach Überresten aus der Römerzeit und dem Frühmittelalter. Besonders beeindruckend war der Fund von Gebäudeteilen, die von einer ehemaligen römischen Villa stammen könnten. „Die Villa war ziemlich groß und wurde mehrfach um- und ausgebaut, was untypisch ist“, sagt Fabio Attanasio, Archäologe bei Archeo Diag, einem Unternehmen, das sich auf Sondagen – ein Fachbegriff für Probeschnitt – und Ausgrabungen im Land spezialisiert hat. Außerdem wurde ein merowingischer Friedhof entdeckt. Die Ausgrabungen werden noch einige Wochen andauern. Im Anschluss kann dort das geplante Wohnungsbauprojekt mit 13 Einheiten realisiert werden. [Luxemburg, Seite 12-13](#)



Archäologe Fabio Attanasio vor der Grabungsstätte.

Foto: Chris Karaba

Désirée Nosbusch ganz privat



Foto: Marc Wilwert

Luxemburg. 52 Minuten ist die Dokumentation lang: In „Désirée Nosbusch – Den Träumen folgen“ lässt die Luxemburgerin ein Filmteam ganz nah an sich heran. Gerade auch die Tiefschläge in ihrem Leben bekommen darin Platz. Sie hat diese Nähe nicht nur aus Vertrauen zur Regisseurin Inga Wolfram zugelassen. Schon in den ersten Resonanzen nach der Ausstrahlung, so sagt sie im Interview, erhalte sie Dankesnachrichten. Frauen ebne sie einen Weg, zu sprechen. [Kultur, Seite 46-47](#)

Leitartikel

Luc Frieden im Clinch mit den Sofa-Demokraten

Geschenke verteilen reicht nicht mehr: Wer wie CSV und DP nicht erklärt, wofür er steht, verliert bei den Wählern und Wählerinnen an Glaubwürdigkeit. [Seite 2](#)

Trumps Comeback auf dem Friedensparkett

Tel Aviv. US-Präsident Donald Trump kehrt überraschend als Vermittler im Nahostkonflikt zurück. Mit einem Deal zwischen Israel und der Hamas will er sich als Architekt eines historischen Waffenstillstands inszenieren. Geiselfreilassung, Rückzug aus Gaza und mehr humanitäre Hilfe sind erste Schritte – doch viele zentrale Fragen bleiben offen. Wie nachhaltig ist Trumps Plan für einen Frieden im Nahen Osten? [Politik, Seite 8-9](#)



[Auf wort.lu](#)

Die wichtigsten Nachrichten des Tages



5 450512 000008

50041

Luxemburger Wort: 3,40 €

Leitartikel

Gefangen in der Sofa-Demokratie



Jörg Tschürtz

In der Beliebtheitsskala gibt es für die CSV nur eine Richtung: nach unten. In der jüngsten Sonndesfro verliert Luc Friedens Partei vier Sitze im Vergleich zur Wahl 2023. Vom „neie Luc“ ist wenig geblieben. Auf den Schultern des Regierungschefs lastet knapp zwei Jahre nach Amtsantritt eine bleierne Schwere.

Rentenreform, Arbeitsrecht und nun das Gesundheitswesen: In den wichtigen Dossiers hat sich die schwarz-blaue Koalition schwer die „Pat-ten“ verbrannt. Es scheint, als bräuchte sie Super-jhemp, um aus den Sackgassen herauszukommen.

Erinnerungen werden wach an die lethargische Spätphase der Ära Juncker. Dabei könnte das Land Aufbruchstimmung gut gebrauchen – gerade in der Vitamin-D-armen Jahreszeit. Initiativen, die Hoffnung machen, muss man mit der Lupe suchen. Der Blick auf kriselnde Nachbarländer mag für Schadenfrohe erbauend sein: Was haben wir’s gut auf der Insel der Seligen zwischen Mosel und Al-zette. Doch Selbstzufriedenheit ist trügerisch.

Untätig ist die Regierung nicht. In der Woh-

nungspolitik schiebt sie Maßnahmen an, wie Finanz-minister Gilles Roth (CSV) am Mittwoch energisch dar-legte. Fast hätte man einen Sozialisten am Rednerpult vermutet: „Ein starker So-

Wer saure „Kamellen“ verteilt, wird vom Wähler abgestraft.

zialstaat geht Hand in Hand mit einer starken Wirtschaft.“ Zwei Milliarden Euro soll der Staat in vier Jahren in bezahlbaren Wohnraum investieren. Problem: Bis die Wohnungen bezugsfertig sind, könnte die CSV-DP-Koalition Geschichte sein.

Mit Steuerbonbons versuchen CSV und DP, sich beim Volk einzuschmeicheln. Bisläng hat sich die „Kleeschen“-Strategie aber kaum ausgezahlt – stattdessen blüht die ADR in Umfragen auf. Wer in der Luxemburger „Sofa-Demokratie“ nicht regelmäßig Geschenke verteilt, droht beim ver-wöhnten Wahlvolk durchzufallen. Das sollte die Regierung aber nicht abhalten, auch unpopuläre Maßnahmen zu ergreifen. Wer sich davor drückt, zuweilen saure „Kamellen“ zu servieren, verspielt seine Glaubwürdigkeit. Umfragen sind Moment-aufnahmen und verfliegen wie billiges Parfüm.

Undank ist der Welten Lohn, denken sich CSV und DP vielleicht. Warum versucht die Koalitions-spitze nicht, mit Wählern außerhalb der eigenen Blase ins Gespräch zu kommen und die großen Li-nien ihres Programms zu erklären? Stattdessen wird herumgedruckt, vernebelt und der Ball zwi-schen Ministerien hin- und hergespielt. Bei der Rentenreform, die nun kleiner ausfällt als geplant, konnte die Regierung mit breiter Zustimmung rechnen – trotzdem wurde das Vorhaben zum kommunikationspolitischen Fiasko.

Immerhin: Die Koalition hat Handlungsfähigkeit gezeigt. Doch jetzt laufen der Majorität die Wäh-ler weg. Wer altbacken kommuniziert und statt auf Bürgerbeteiligung auf Salamatik setzt, darf sich über schlechte Zustimmungswerte nicht wun-dern.

Kontakt: joerg.tschuertz@wort.lu

Politik	2-10
Luxemburg	12-16
Notdienste	21
TV-Programm	24-25
Todesanzeigen	32-33
Wirtschaft	40-45
Kultur	46-48
Panorama	49-51
Sport	52-55

Luxemburger Wort

© 2025 Mediahuis Luxembourg – Alle Rechte vorbehalten.
Sie wollen geschützte Artikel oder Bilder aus der Zeitung privat oder als Unternehmen nutzen? Nutzungsrechte können über Luxorr asbl bezogen werden – www.luxorr.lu

Wie der Staat Geflüchteten den Weg zum Job verbarrikadiert

Geflüchtete tun sich schwer damit, eine Arbeit zu finden. Flüchtlingswerke meinen: der Staat will damit Anreize für illegale Migration beschränken

Von Florian Javel

Elisabetta Lano und Simona Palladino über-bringen in ihrem Alltag schlechte Nachrich-ten. Wenn Asylbewerber einen Job finden wollen, wenden sie sich an die beiden Frau-en. Beide führen Projekte für die Vereini-gung Coopération Nord-Sud an, bei denen sie Asylbewerbern (DPI) und Asylberechtig-ten (BPI) dabei helfen, eine Arbeit zu fin-den.

Beim Erstgespräch müssen die Menschen erst die schlechte Nachricht verkraften: Wer in Syrien als Arzt gearbeitet hat, wird sich in Luxemburg wohl oder übel eine andere Arbeit suchen müssen. Für sie gebe es „keine Hoff-nung“, dass ihre Abschlüsse hierzulande an-erkannt werden. „Auf der persönlichen Ebe-ne müssen wir die Menschen auf die Nach-richt vorbereiten“, erklärt Lano.

„Die meisten sagen uns aber: Okay, gebt mir irgendeinen Job, ich muss arbeiten!“, er-gänzt Palladino. Sie leitet das Projekt „ReS-tart!“. Dieses fokussiert sich auf die Arbeits-suche für Asylbewerber, also Menschen, die offiziell noch kein Asyl erhalten haben. „Wir haben fast keine Werbung für das Projekt ma-chen müssen. Es hat sich in den Aufnahme-strukturen herumgesprochen.“

Zuvor hatte ihre Vereinigung für das Pro-jekt APES (Accompagnement Personnalisé pour l’Emploi dans les Structures d’accueil) in den Strukturen des Nationalen Aufnahme-amts (ONA) geworben. „Wir wurden darauf-hin mit Anfragen überschwemmt“, erinnert sich der Direktor von Nord-Sud, Roberto Mar-ta, im Gespräch mit dem „Wort“. Anfänglich habe man 60 Personen betreuen wollen – am Ende wurden es 115.

Beim Projekt APES stehen ebenso Asylbe-rechtigte im Fokus, die bereits einen positi-ven Asylbescheid erhalten haben.

Lano und Palladino wissen nur zu gut, mit welchen Hürden Geflüchtete zu kämpfen ha-ben, wenn sie sich auf die Suche nach einer Arbeit begeben. Wie es allgemein in Luxem-burg um die berufliche Integration von Asyl-bewerbern und Asylberechtigten auf dem Arbeitsmarkt steht, ist eine Art Black Box – selbst für die Politik. Wenig ist darüber be-kannt. Aktuell laufen Gespräche in einer inter-ministeriellen Arbeitsgruppe zwischen dem Familien- und dem Arbeitsministerium dar-über.

Die Autorisation d’occupation temporaire ist ein bürokratisches Monster

Für Asylbewerber (DPI) und Asylberechtigte (BPI) gelten aktuell andere Regeln. Wer nach Luxemburg kommt und einen Asylantrag stellt, muss bisher sechs Monate abwarten, be-vor er überhaupt auf Arbeitssuche gehen darf. In ihrem Koalitionsvertrag hatte die Regie-rung angekündigt, diesen Zeitraum auf vier Monate heruntersetzen zu wollen. Das ist bis-her nicht passiert, soll allerdings noch umge-setzt werden.

Nach dieser Zeit haben DPI die Möglich-keit, über eine Autorisation d’occupation tem-poraire (AOT) einer Beschäftigung nachzu-gehen. Die AOT ermöglicht den Asylbewer-bern, „nur für eine bestimmte berufliche Tä-tigkeit und einen bestimmten Arbeitgeber“ zu arbeiten. Sie gilt für sechs Monate, kann aber verlängert werden.



Simona Palladino hat wenig Verständnis für die langen Bearbeitungsfristen der Direction de l’immigration.



Elisabetta Lano leitet das Projekt APES von Nord-Sud, bei dem Asylberechtigten und Asyl-bewerbern dabei geholfen wird, sie fit für den Arbeitsmarkt zu machen.

Unter den Vereinigungen, die sich für die Rechte von Geflüchteten starkmachen, ist die AOT als wahres Bürokratiemonster bekannt. Selbst Arbeitgeber scheuen nicht selten da-vor zurück, DPI über eine AOT einzustellen. Für sie bedeutet es mehr Bürokratie – und die Unsicherheit, dass eine Person ohne Vorwar-nung wegfällt, weil ihr Asyl verwehrt wird. Hat der Arbeitgeber also mit der Manpower gerechnet, muss er plötzlich ohne auskom-men.

Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist vollständig blockiert.

Roberto Marta, Direktor von Nord-Sud

Die ADEM gibt auf „Wort“-Nachfrage an, dass im Jahr 2023 170 Anfragen auf eine AOT bei ihr eingegangen sind. 2024 und 2025 wa-ren es deutlich mehr, jeweils 358 und im lau-fenden Jahr bis dato 463. Das liegt daran, dass 2023 ein Gesetz durch das Parlament ging, dass für Berufe, die auf der Liste der Man-gelberufe aufgeführt sind, die ADEM zu-künftig keinen Arbeitsmarkttest durchfüh-ren muss. Das erleichtert den DPI den Zu-



Roberto Marta ist Direktor der Coopération Nord-Sud.

Fotos: Christophe Olinger

gang zu einer AOT, weil die Arbeitsagentur nicht erst prüfen muss, ob nicht bereits eine arbeitssuchende Person auf dem nationalen oder EU-Arbeitsmarkt für die Stelle qualifiziert wäre. Sie würde sonst Vorrang erhalten.

Wegen der Behörden: Arbeitgeber nehmen Arbeitsangebot an Asylbewerber zurück

Die AOT trifft bei Flüchtlingsvereinigungen allerdings auf wenig Zustimmung. „Es gibt ein riesiges Problem bei den Fristen für die Genehmigung von AOTs durch die Direction de l'immigration“, erzählt Roberto Marta. „Im Normalfall dauert der Prozess drei Wochen, wir arbeiten aber mit Personen zusammen, die bereits seit Monaten darauf warten, dass ihre AOT genehmigt wird.“

Die meisten sagen uns aber: Okay, gebt mir irgendeinen Job, ich muss arbeiten!

Simone Palladino, Leiterin des Projekts ReStart! von Coopération Nord-Sud

Hierbei würde es passieren, dass Arbeitgeber, die einer AOT zugestimmt hatten, ungeduldig werden – manche sogar ihr Arbeitsangebot wieder zurücknehmen. „Als wir nachgefragt haben, warum das so lange dauert, hat man uns gesagt: Die Person, die sich um die Genehmigung von AOTs kümmert, macht gerade Urlaub.“

Dabei sei es schwer genug, Arbeitgeber davon zu überzeugen, eine AOT einzugehen. Viele würden nach dem ersten Bewerbungsgespräch nach Dokumenten fragen. Asylbewerber sind aber dazu verpflichtet, ihre amtlichen Dokumente, also ihren Reisepass, bei der Direction de l'immigration abzugeben, damit sie den sogenannten „rosa Zettel“ bekommen, der bestätigt, dass sie sich in einem Asylprozess befinden. Hierbei würden Arbeitgeber skeptisch dreinschauen.

„Wir geben Personen deswegen Empfehlungsschreiben mit, die erklären, warum die Bewerber keine amtlichen Dokumente liefern können. Zudem versuchen wir Arbeitgeber zu besänftigen und zu überzeugen, dass wir uns um den ganzen Papierkram kümmern werden“, so Marta.

„Wenn die Behörden ihre Fristen nicht einhalten, sind viele Arbeitgeber jedoch sehr erbost. Dadurch riskieren die DPI, das Arbeitsangebot zu verlieren.“ Auf Nachfrage des „Luxemburger Wort“ gibt das Innenministerium an, dass die Bearbeitungsfristen, um eine AOT zu erhalten, „durchschnittlich zwei Wochen, ausgehend vom Empfangsdatum eines ordnungsgemäß eingereichten Antrags“ benötigen. Aktuell arbeite die Regierung aber an „einer Vereinfachung der Genehmigungsprozedur der AOT“.

Die aktuellen Fristen treffen auf Unverständnis bei Palladino. Nord-Sud würde die administrative Arbeit in Verbindung mit dem AOT ja übernehmen. „Wir verstehen also nicht, warum das Ganze so lange dauert.“ Elisabetta Lano plädiert dafür, die sechsmonatige Wartezeit für DPI allgemein und die AOT als solche abzuschaffen. „Warum könnten DPI nicht einfach zwischenzeitlich einen befristeten Arbeitsvertrag erhalten? Sobald ihr Asylbescheid positiv ist, könnten sie dann einen unbefristeten Vertrag bekommen. Das Ministerium hätte damit weniger Arbeit.“

Beschäftigungsquote von Asylberechtigten (BPI) liegt bei 33,6 Prozent

Das sind jedoch bei Weitem nicht die einzigen Einschränkungen, mit denen Geflüchtete auf dem Weg in den Arbeitsmarkt zu kämpfen haben. Selbst für die, die über einen positiven Asylbescheid verfügen.

BPI haben ein Anrecht darauf, sich bei der ADEM als arbeitssuchend zu melden. So waren 2023 782 Asylberechtigte auf der Suche nach Arbeit, 2024 waren es 836 und 2025 dann 887.

Wie viele BPI allgemein Revis beziehen, kann das Familienministerium auf Nachfrage des „Wort“ nicht beantworten. „Asylberechtigte haben dieselben Rechte wie alle anderen Einwohner und werden auch als

solche behandelt. Bei einem Revis-Antrag wird das Statut der betroffenen Person nicht erfasst.“

Wie viele BPI einer geregelten Beschäftigung nachgehen, kann die ADEM nicht sagen. Sie würde über solche Zahlen nicht verfügen – ebenso wenig das Arbeitsministerium, das auf die Inspection générale de la sécurité sociale (IGSS) verweist.

Die verfügt tatsächlich über die Zahlen. Von 4.330 BPI sollen im Jahr 2023 1.400 beschäftigt gewesen sein. Das entspricht einer Beschäftigungsquote von 32,3 Prozent. In den vergangenen Jahren ist diese Quote nur marginal gestiegen. 2025 waren 1.700 von 5.000 BPI, die zwischen 15 und 64 Jahre alt sind, beschäftigt. Die Beschäftigungsquote liegt im laufenden Jahr also bisher bei 33,6 Prozent.

Wir verstehen nicht, warum das Ganze so lange dauert.

Elisabetta Lano, Leiterin des Projekts APES bei Coopération Nord-Sud

Dass die Ministerien jedoch nicht über die Zahlen verfügen, zeigt wie so oft in Luxemburg, dass es an belegbarem Zahlenmaterial fehlt, um eine faktenbasierte Politik zu machen. Das kritisierte der Luxemburger Flüchtlingsrat (LFR) im vergangenen Mai in einer Pressemitteilung, in der die Dachorganisation der Flüchtlingswerke für eine „Offensive“ plädiert, um Geflüchtete besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren. „Vertrauenswürdige Statistiken“ oder „tiefreichendere Studien“ gebe es zum Thema nicht, moniert der LFR. Hierdurch bestehe die Gefahr, dass Geflüchtete „Bittsteller“ bleiben.

Der LFR verweist in dem Kontext auf Deutschland. Dort gibt es Statistiken darüber, wie viele Syrer bei ihrer Ankunft nach Beginn des Bürgerkriegs in ihrem Land und der Flüchtlingskrise von 2015 einen Job gefunden haben: Es sind um die 70 Prozent. In Luxemburg ist die Zahl nicht bekannt.

Überfüllte Sprachkurse, kein Praktikum – Geflüchtete stecken in einem Teufelskreis

Wer bei der ADEM als BPI gemeldet ist, stößt laut Marta schnell an Grenzen – allen voran bei den Sprachkenntnissen. „Die ADEM verlangt ein relativ hohes Französisch-Niveau. Weil die meisten dieses Sprachniveau nicht haben, werden sie an das Office national d'inclusion sociale (ONIS) weitergeleitet. Dort können sie den Menschen allerdings keinen Job auf dem primären Arbeitsmarkt anbieten, sondern nur ein travail d'utilité collective (TUC), also eine gemeinnützige Arbeit.“

Hier handle die ADEM nicht flexibel genug, meint Simona Palladino: „Ihre Kriterien in Bezug auf die Sprachkompetenz könnten flexibler sein.“ Viele von den Geflüchteten würden in einem Teufelskreis stecken. Zwar könnten sie Sprachkurse absolvieren, die vom Institut National des Langues (INL) angeboten werden, regelmäßig seien diese ausgebucht. „Ich bin so wieso der Meinung, dass man Sprachen in der Praxis lernen muss. Weil die BPI aber keine Arbeit finden, können sie nicht im Alltag üben“, findet Roberto Marta.

Manche würden über Praktika ihre Chancen bei der Arbeitssuche gerne aufbessern. Bis zu drei Monate sind unbezahlte Praktika möglich – alles darüber muss mit 40 Prozent des sozialen Mindestlohns entgeltet werden. Solche Praktika können allerdings nur Studierende oder „rezente Studenten“ in Anspruch nehmen, erklärt Marta. Asylbewerber dürften gar nicht an der Universität studieren.

Wer sich wiederum weiterbilden mag, um seinen Lebenslauf aufzubessern, merkt schnell: Auch hier ist den Geflüchteten der Weg verbarrikadiert. Für ein Diplôme d'aptitude professionnelle (DAP) in der Erwachsenenbildung müssen die Asylberechtigten mindestens zwölf Monate lang Sozialversicherungsbeiträge gezahlt haben. Das trifft aber bei den wenigsten zu, weil sie eben keine Arbeit finden. Weiterbildungsangebote von privaten Trägern gibt es in Luxemburg kaum. „Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist vollständig blockiert“, kritisiert Marta.